



Im Rat der Gemeinde Havixbeck

Haushaltsrede 2016 der FDP-Fraktion

Entwurf 25.06.2016

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

Einiges Vorweg:

Bevor ich zur Begründung der Ablehnung des Haushaltsentwurfs komme, möchte ich zunächst der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit mit der FDP Fraktion im Jahr 2015 und in den ersten Monaten dieses Jahres herzlich danken. Insbesondere danken wir für die Informationsbereitstellung durch den neuen Kämmerer Herrn Wilke und seinem Mitarbeiter Herrn Frank Ahrens, die uns umfassende Auskunft zum neuen Haushalt geben konnten. Wie Sie alle wissen, war die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister ja nicht ohne Spannungen. Dies betraf jedoch alle Fraktionen gleichermaßen, die sich ja, wie ebenfalls alle wissen, einen anderen Bürgermeister gewünscht hätten. Doch nun geht es darum, das Beste für Havixbeck, und was noch wichtiger ist, das beste Ergebnis für die Havixbecker Bürger zu erzielen. Dabei muss immer berücksichtigt werden, dass Leistungen auch finanziert werden müssen und dass die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürger, Steuererhöhungen zu tragen, begrenzt sind.

Doch nun zum neuen Haushalt und zur Steuererhöhung.

Im Zentrum des Haushaltsentwurfs steht eine erneute Steuererhöhung. Wie wir gerade vom Fraktionsvorsitzenden der CDU gehört haben, ist diese Steuererhöhung von der CDU gewollt. Im Jahr 2012 wurde ja bereits eine Steuererhöhung von der CDU befürwortet, die dann auch tatsächlich durchgeführt wurde. Damals warb der Fraktionsvorsitzende der CDU damit, dass man ja anschließend sparen könnte und die Steuern wieder absenken und den Bürgern zurückgeben könnte.

Die FDP meint, dass *ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass einmal erhöhte Steuern wieder zurückgeführt werden.*

Es ist gekommen, wie es kommen musste, statt eine Steuersenkung zu verkünden, wird eine erneute Steuererhöhung verlangt. Aber ohne die Zustimmung der FDP.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B ist unsozial und gefährdet die Entwicklung Havixbecks.

Warum ist die Steuererhöhung unsozial?

Die Grundsteuer B trifft Bewohner von Eigenheimen und Bewohner von Mietwohnungen gleichermaßen. Die Bewohner von Eigenheimen direkt und die Bewohner von Mietwohnungen über die Umlage, also über die Mietnebenkosten.

Die Grundsteuer B unterscheidet dabei nicht zwischen Familien mit höherem oder mit geringerem Einkommen. Die Grundsteuer B ist für alle gleich. Allerdings trifft sie besonders diejenigen, die einen hohen Anteil Ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben. Und das sind die Familien mit geringerem Einkommen. Wir raten also, die Finger von einer Erhöhung dieser unsozialen Steuer zu lassen.

Warum ist die Steuererhöhung entwicklungshemmend?

Die Entwicklung Havixbecks ist vom stetigen Zuzug neuer Bürger abhängig. Das liegt am Havixbecker Nestflüchter Effekt. Fast alle jungen Leute, die in Havixbeck herangewachsen sind, verlassen mit Beginn der Berufsausbildung oder mit Studienbeginn die Gemeinde. Diese Lücke muss durch Zuzug aufgefüllt werden, wenn Havixbeck nicht in ernsthafte Schwierigkeiten kommen soll. Die vorhandene Infrastruktur ist auf eine zumindest gleich bleibende Bevölkerungszahl ausgerichtet. Der Zuzug darf also nicht durch steigende Wohnkosten gebremst werden, wie dies durch eine Erhöhung der Grundsteuer B geschehen könnte.

Im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden gehören wir bezüglich der Grundsteuer B bereits zu den teuersten. Würde diese Steuer derartig erhöht, hätten wir den höchsten Prozentsatz im Kreis Coesfeld und würden die Spitze einsam anführen.

Also stimmt die FDP der Grundsteuererhöhung für B sowie auch für A nicht zu.

Nun zu einigen speziellen Themen, zu denen sich die FDP positioniert hat:

Das Sandsteinmuseum:

Hier schlagen wir vor, dass Lösungen erarbeitet werden, die im Ergebnis die Gesamtkosten reduzieren und keinesfalls erhöhen. Notfalls muss hier auf Subventionen verzichtet werden, wenn der verbleibende Eigenanteil nur mit Hilfe von Steuererhöhungen zu schultern ist.

Schloss Hülshoff :

Hier werden über den Stiftungsbeitrag hinaus weitere Umlagen geplant. Havixbeck kann sich allerdings nur aufwandsneutrale Lösungen leisten. Sollten diese erzielt werden, unterstützt die FDP die Vorhaben. Steuererhöhungen wegen Schloss Hülshoff kommen jedoch in der augenblicklichen Situation nicht in Frage.

Die Unterbringung von Flüchtlingen:

Im Jahr 2015 gab es enorme Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland. Auch Havixbeck hat Flüchtlinge aufgenommen. Sowohl die Bürgergesellschaft als auch die Verwaltung hat hier gute und aner kennenswerte Arbeit geleistet. Die FDP ist stolz darauf, dass heute, wie vor etlichen Jahren im Jugoslawienkrieg, Havixbeck und die Havixbecker Bürger sich offen und hilfsbereit für Menschen in Not zeigen. Was den Gemeinshaushalt betrifft, zeigen Ereignisse wie durch Kriege hervorgerufene Flüchtlingsströme, wie wichtig es ist, in guten Zeiten zu sparen, um in der Not zu haben. Leider ist dies, trotz andauernder Aufforderungen durch die FDP in der Vergangenheit nicht geschehen. Das sollte uns für die Zukunft eine Lehre sein.

Momentan ist noch nicht klar, welche Summen 2016 für die Unterbringung von Flüchtlingen von Havixbeck aufgebracht werden müssen. Das liegt einerseits daran, dass die Zahl zusätzlich aufzunehmender Flüchtlinge in 2016 momentan noch nicht bekannt ist. Andererseits ist auch noch nicht klar, in welcher Höhe sich Bund und Land an den Unterbringungskosten beteiligen. Hier eventuelle Kosten bereits heute als Argument für eine Steuererhöhung heranzuziehen, ist verfrüht. Wenn alle Stricke reißen sollten, ist immer noch ein Nachtragshaushalt möglich.

Nachhaltigkeit von Investitionen:

Die FDP setzt sich dafür ein, dass bei der Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften möglichst wirtschaftlich gehandelt wird, ohne die notwendigen Standards zu vernachlässigen. Die FDP hält den Vorschlag Holzhäuser mit einer Nutzungsdauer von lediglich sieben Jahren zu bauen, für nicht wirtschaftlich. Die FDP empfiehlt hier eine nachhaltige Lösung, bei der die Flüchtlingsunterkünfte später in Sozialwohnungen umgewandelt werden könnten.

Stellenplan:

Im Jahr 2015 wurden zur Bewältigung der Aufgaben, die mit der Flüchtlingsaufnahme von der Havixbecker Verwaltung zu bewältigen waren, bereits zwei neue Stellen geschaffen.

Ob die nun von der Verwaltung geforderten **drei** weiteren Stellen tatsächlich notwendig werden, hängt von der weiteren Entwicklung der Flüchtlingsströme ab. Auch hier empfiehlt die FDP, zunächst die Entwicklung abzuwarten und nötigenfalls bei Bedarf per Ratsbeschluss nachzubessern.

Steuerschätzung:

Die Steuereinnahmen sprudeln, auch in Havixbeck. In 2015 gab es deutlich mehr Steuereinnahmen als geschätzt. Dass andauernde Zinstief entlastet den Haushalt von der anderen Seite. Alles in Allem müssten die anliegenden Aufgaben auch ohne Steuererhöhungen zu schultern sein.

Die FDP lehnt also den vorliegenden Haushalt 2016 wegen der darin geplanten Steuererhöhungen ab.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die FDP-Fraktion kann nur einen Haushalt ohne Steuererhöhung zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.